



Wälder müssen vor Zerstörung durch Schädlinge gerettet werden

Beitrag

Am Montag hatte die AGDW – Die Waldeigentümer Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden zu einer hochkarätigen Veranstaltung zum Thema „Zukunftsfähiger Waldschutz – Strategien zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Forst“ eingeladen. Grund für die Veranstaltung, an der rund 50 Gäste teilgenommen hatten, ist die rasante Verbreitung von Schädlingen wie Eichenprozessionsspinner oder Kiefernbuschhornblattwespe – unter anderem als Folgen des Klimawandels –, die nur mit Pflanzenschutz wirksam bekämpft werden können. „Gemeinsam mit Politik, Industrie und Verwaltung müssen wir zu pragmatischen und realitätsnahen Lösungen kommen, um unsere Wälder zu schützen und dem gesetzlichen Auftrag des Walderhalts nachkommen zu können“, sagte AGDW-Präsident Philipp zu Guttenberg bei der Eröffnung der Veranstaltung. Er betonte mehrfach, dass der beste Pflanzenschutz keiner sei und Pflanzenschutz immer nur eine *ultima ratio* – wenn nichts mehr Anderes helfe.

Verschleppungen bei Genehmigungen von Pflanzenschutzmaßnahmen oder ein Zulassungstau bei den notwendigen Mitteln durch die Behörden führen seit einigen Jahren zur Zerstörung ganzer Wälder und zur Gefährdung ganzer Forstbetriebe. Zu Guttenberg kritisierte, dass keine der sonst so kritischen und zuständigen Behörden einen Vertreter entsandt hatte: Weder das Bundesumweltministerium noch das Umweltbundesamt oder das Bundesamt für Naturschutz hatten teilgenommen. „Wir suchen den Dialog und treffen wieder einmal auf taube Ohren.“

Am Ende der Veranstaltung stellt der Präsident einen Forderungenkatalog vor, der u.a. einen Entschädigungsfonds für Waldeigentümer vorsieht.

Dr. Hermann Onko Aeikens, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, machte deutlich, dass der Schädlingsbefall eines Waldes die Arbeit von Generationen zerstören kann. „Dieses Thema eignet sich nicht zu ideologischen Diskussionen, hier werden Lösungen gebraucht“, sagte der Staatssekretär. Sein Ministerium leiste Unterstützung, um den Zulassungs- und Genehmigungsstau zu beheben. Auch die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Union, **Gitta Connemann**, hatte bereits verschiedene Versuche unternommen, die Zulassungen und Genehmigungen zu beschleunigen – bislang jedoch haben sich die Behörden nicht bewegt. Sie verwies auf einen aktuellen Audit-Bericht der EU-Kommission, der für Deutschland fatales zu Tage

beförderte: Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hätten sich die zuständigen Behörden statt der vorgegebenen 120 Tage durchschnittlich 757 Tage Zeit genommen – in einem Fall sogar 963 Tage. „Bei diesem Thema hat sich leider nicht viel bewegt“, sagte Connemann, „dabei gehört zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung auch ein nachhaltiger Pflanzenschutz“

Die Folgen der Ausbreitung und Nichtbekämpfung wurden von einzelnen Fachleuten aus verschiedenen Blickwinkeln beschrieben:

Gesundheitliche Schäden:

Die rasante Verbreitung von Schädlingen im Wald haben auch gesundheitliche Folgen: So berichtete **Dr. Marion Wunderlich**, Fachärztin für Neurologie und Psychologie vom Gesundheitsamt im Landkreis Lüneburg, dass das Gift des Eichenprozessionsspinners u.a. Bronchitis, asthmatische Beschwerden oder Bindehautentzündung auslösen könne. Eine Raupe verfüge über rund 630.000 Brennhaare, die das Nesselgift beinhalten.

Schädigung von Wald und Forstbetrieben:

Ein Waldbesitzer und Geschäftsführer einer Forstbetriebsgemeinschaft aus dem Havelland, **Thomas Meyer**, berichtete über die Folgen für die Kleinprivatwaldbesitzer. So dürfen nur 50 Prozent eines befallenen Waldes mit Pflanzenschutz behandelt werden, außerdem seien Naturschutzgebiete ausgenommen, und es gebe starre Festlegungen von Abstandflächen. „Weil die Schädlinge nicht effektiv bekämpft werden dürfen, kommt es zur Zerstörung ganzer Wälder und Holzvorräte“, sagte der Geschäftsführer. **Dr. Franz Schencking** von der Forstbetriebsgemeinschaft Südbrandenburg berichtete, dass die Naturverjüngung auf einer von der Kiefernbuschhornblattwespe befallenen Fläche, die eine Größe von rund 18.000 Hektar hat, tot sei. FBG-Geschäftsführer Meyer forderte einen Schadensersatz für Waldbesitzer, deren Flächen zerstört sind, weil kein rechtzeitiger Einsatz von Pflanzenschutz erfolgt ist.

Ökonomische Schäden:

Prof. Dr. Bernhard Möhring von der Abteilung Forstökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen präsentierte einen Überblick über die ökonomischen Verluste für die Forstwirtschaft. Das Ergebnis in einem Kiefernwald sei ein finanzieller Schaden von rund 3800 Euro pro Hektar, wenn die Bäume vor ihrer Erntereife gefällt werden. Hinzukäme die Wiederaufforstung, die bei rund 3400 Euro pro Hektar liegen würde. „Das Absterben eines Bestandes sowie ein vorzeitiger Einschlag sind für Forstbetriebe eine existenzielle Bedrohung. Hier werden mit einem Schlag die Gewinne der nächsten 50 bis 100 Jahre vernichtet.“, konstatierte Prof. Möhring. Eine Behandlung geschädigter Waldflächen sei daher dringend notwendig.

Der Bundestagsabgeordnete und forstpolitische Sprecher der Unionsfraktion **Cajus Caesar** forderte, dass der Waldeigentümer im Fokus stehen muss. „Er erbringt mit der nachhaltigen Forstwirtschaft vielfältige und gesellschaftlich notwendige Leistungen“, sagte Caesar. „Er muss auch eine Chance haben, seinen Wald zu erhalten.“

Mangelnde Rechtssicherheit für die Industrie:

Die Unternehmerschaft, die Pflanzenschutzmittel produziert, beschrieb die Rechtsunsicherheit, die

Ihnen die Produktion dieser Mittel erschwert oder sogar unmöglich macht. So berichtete **Dr. Karin Reiß**, Businessmanagerin bei Syngenta, dass deutsche Behörden gesetzliche Fristen bei der Zulassung von Wirkstoffen nicht einhalten würden. In 2015 sei keiner der 229 Anträge fristgerecht entschieden worden. „Bei diesen ständigen Fristüberschreitungen geht den Firmen die Rechts- und Planungssicherheit verloren“, sagte Dr. Reiß, „folglich gehen auch der Forstwirtschaft Wirkstoffe verloren.“ Sie forderte einen neuen Dialog über den Nutzen des Pflanzenschutzes.

AGDW-Präsident Philipp zu Guttenberg stellte am Ende der Veranstaltung einen Forderungenkatalog mit 18 Forderungen vor, darunter:

- Im Fokus steht die Forderung nach einem Entschädigungsfonds für Waldeigentümer, deren Wald aufgrund fehlender oder verschleppter Genehmigungen von Pflanzenschutz zerstört wird.
- Auch fordert die AGDW einen staatlich finanzierten Fonds, der für die Bereitstellung ausreichender Mittel sorgt.
- Wichtig ist zudem ein Monitoring, das die Schadflächen bundesweit erfasst.
- Die Festsetzung von Abstandsauflagen sowie der Vorgabe, nur 50 Prozent der Fläche zu behandeln, muss abgeschafft werden.
- In die Forschung von wirksamem Pflanzenschutz muss investiert werden.
- Der Zulassungstau geeigneter Mittel muss behoben werden.

www.waldeigentuemer.de

Anhang: [Forderungen Pflanzenschutz \(pdf\)](#)

BIKE SALE

 **bikePARK**
SAMERBERG



1.490 **EURO**
STATT 2.600 **EURO**

SOLO A50

Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. München-Oberbayern